

Zürich, 6. Dezember 2004

KR-Nr. 437/2004

**POSTULAT** von Ralf Margreiter (Grüne, Zürich), Prof. Katharina Prelicz-Huber (Grüne, Zürich) und Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich)

betreffend Schaffung vollschulischer Angebote für zukunftsweisende Berufe

---

Der Regierungsrat wird ersucht, für die Schaffung von mehr vollschulischen Angeboten inklusive Praktikumsmöglichkeiten für zukunftsweisende Berufe im Kanton Zürich besorgt zu sein. Zu prüfen sind hierbei die Bereiche Handels- und Fachmittelschulen sowie öffentliche Lehrwerkstätten.

Ralf Margreiter  
Prof. Katharina Prelicz-Huber  
Heidi Bucher-Steinegger

Begründung:

Seit Jahren laufen Bemühungen, dem Lehrstellenmarkt neue Impulse zu verleihen und neue duale Angebote zu schaffen. Auf Bundesebene stand vor eineinhalb Jahren die Lehrstellen-Initiative „lipa“ zur Abstimmung. Bundesrat, Parlament und Wirtschaft versprachen, die Probleme selbst zu lösen - ohne „lipa“. Die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger glaubte ihnen. Doch seither fanden in der Wirtschaft im Vergleich zum objektiven Bedarf nur geringfügige Verbesserungen statt, die der gestiegenen Nachfrage nicht gerecht werden.

Weil die Versprechungen nicht eingehalten wurden, sind als Reaktion auf dieses Marktversagen zusätzliche öffentliche Bildungsangebote mit klarem Bildungsauftrag bereitzustellen. Auf Grund der demografischen Entwicklung (starke Zunahme der Lernenden bis mindestens 2008: allein für die Berufsbildung geht das Bundesamt für Statistik von jährlich plus 5-11% aus) müssen nur schon für die Aufrechterhaltung des unerfreulichen Status Quo im Kanton Zürich jährlich schätzungsweise rund 1'000 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, wie bei den Handelsmittelschulen sowie bei den ab 2006 startenden Fachmittelschulen ein Mehrangebot realisiert werden kann. Es ist insbesondere nicht einzusehen, weshalb angesichts des eklatanten Mangels an Ausbildungsplätzen die per 2006 angekündigte Umwandlung der Diplommittelschule in die Fachmittelschule nur auf die bisherige Zahl der Schülerinnen und Schüler von 500 ausgelegt werden soll; eine Erhöhung ist hier mehr als nur wünschenswert.

In anderen Bereichen ist die Förderung und Schaffung von Lehrwerkstätten - durch den Kanton sowie in Zusammenarbeit mit Privaten - zu prüfen. Dies gilt insbesondere für zukunftsweisende Branchen, die zum Beispiel wegen mangelnder Ausbildungstradition zu wenig junge Berufsleute ausbilden, sowie für die Integration von sozial Schwächeren. Das Vorurteil, vollschulische Angebote würden nicht arbeitsmarktgerecht ausbilden, lässt sich angesichts der jüngsten Entwicklungen nicht mehr halten: Die Jugendarbeitslosigkeit in der Deutschschweiz ist trotz hohem Anteil an dualen, marktnahen Berufsausbildungen fast ebenso hoch wie in der französischsprachigen Schweiz mit ihrem viel höheren Anteil an vollschulischen Angeboten.

437/2004